

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	2
Deal or No-Deal: Was das Austrittsabkommen für die Wirtschaft bedeutet.....	2
Wichtige Entwicklungen	3
Ein Entwurf ist noch kein Deal	3
Rücktritt mehrerer Minister aus Protest gegen den Deal.....	3
Mays neuer Brexit-Minister	3
Brexiters bei den Tories fordern Mays Rücktritt	3
London und Washington vereinbaren Regeln zum Luftverkehr nach Brexit	4
Französischer Wirtschaftsminister bezeichnet Brexiters als Lügner.....	4
Brüssel will kein „do-over“	4
Dominic Raab präferiert No-Deal.....	4
Labour-Partei unterstützt Deal nicht.....	4
Einigkeit von UK gefährdeter als die von Spanien	5
Überparteiliche Allianz der Deal-Gegner.....	5
UK Parlament könnte für No-Deal verantwortlich sein	5
Hintergrundmaterial	6
Blitzumfrage Brexit der IHK Bonn/Rhein-Sieg.....	6
UK-Regierung warnt: Brexit schadet der Wirtschaft	6
Britische Notenbank warnt vor Wirtschaftskrise	6
Deutsche Unternehmen haben Brexit im Blick.....	6
Kein EU-Referendum zum Brexit.....	7
Dies und Das	8
Der Brexit kann krank machen.....	8
Mangel an britischen Experten für Freihandelsabkommen	8
ARD-Beitrag sorgt für Wut in England	8
Der Brexit und die Premier League.....	8
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	9

Thema des Monats

Deal or No-Deal: Was das Austrittsabkommen für die Wirtschaft bedeutet

585 Seiten, 185 Artikel, drei Protokolle und zahlreiche Anhänge – das ist der Entwurf für das [Brexit-Abkommen](#), auf das sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU nach eineinhalb Jahren zäher Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich beim Brexit-Sondergipfel am 25. November 2018 geeinigt haben. Auch auf eine [politische Erklärung zu den künftigen Beziehungen](#) hat man sich einigen können. Die Chancen auf einen geordneten Brexit sind damit zumindest etwas gestiegen. Kommt der Vertrag zustande, wäre ein geordneter Austritt am 30. März 2019 möglich. Es würde sich eine Übergangsphase bis mindestens Ende 2020 anschließen. In dieser Zeit würde sich für die Unternehmen, die in Geschäftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich stehen, zunächst kaum etwas ändern.

Das Austrittsabkommen umfasst eine Vielzahl von Bereichen: Dazu gehören Bürgerrechte, im Umlauf befindliche Güter, Schutz von Rechten des geistigen Eigentums, Datenschutz sowie Protokolle zu Irland, Gibraltar und Zypern. Für Unternehmen auf beiden Seiten des Kanals ist neben der Übergangsphase besonders interessant, dass der sogenannte Backstop in Kraft tritt. Wenn die Übergangsphase nicht ausreicht, um dauerhafte zukünftige Beziehungen (z. B. ein umfassende Freihandelsabkommen) auszuhandeln, greift er. Der Backstop beinhaltet das Vermeiden einer EU-Außengrenze zwischen Irland und Nordirland, indem Nordirland weiterhin Regelungen des EU-Binnenmarktes akzeptiert und somit Zollkontrollen auf der irischen Insel vermieden werden. Der Einigungsentwurf sieht zudem vor, dass Großbritannien nach Ablauf der Übergangsphase solange in einer Zollunion mit der EU verbleibt, bis seine künftigen Beziehungen zur EU dauerhaft geklärt sind. So sollen Zölle im Handel zwischen der EU und dem UK vorerst vermieden werden.

Dies ist zunächst eine gute Nachricht für die Unternehmen. Dennoch ist es für ein Aufatmen zu früh, denn die größte Hürde muss in London überwunden werden, wenn das britische Unterhaus am 11. Dezember 2018 über das Ausstiegsabkommen abstimmen wird. Die meisten Parteien und ein Teil der Tory-Abgeordneten haben bereits angekündigt, gegen das Brexit-Vertragswerk zu stimmen.

Für die deutsche Wirtschaft steht viel auf dem Spiel, denn das Vereinigte Königreich ist der fünftwichtigste Handelspartner für Deutschland. In Großbritannien gibt es mehr als 2.500 Niederlassungen deutscher Unternehmen, die 400.000 Arbeitsplätze bereitstellen. Der Brexit wird zwar so oder so zu hohen Kosten für die Unternehmen führen, sei es wegen drohender Zölle oder zusätzlicher Bürokratie. Ein unregelmäßiger Brexit wäre allerdings mit großem Risiko verbunden. Der DIHK rät betroffenen Unternehmen deshalb weiter, sich mithilfe der DIHK [Brexit-Checkliste](#) auf einen unregelmäßigen Brexit vorzubereiten. Mehr als 17.000 Mal wurde die Checkliste bisher aufgerufen; das zeigt, wie hoch der Beratungsbedarf bei den Unternehmen ist.

Wichtige Entwicklungen

Ein Entwurf ist noch kein Deal

Nach anderthalb Jahren intensiver Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-27 bei einem Sondergipfel am 25. November auf einen Entwurf für das [Austrittsabkommen](#) geeinigt. Dieser Entwurf muss jedoch noch sowohl durch das Europäische als auch das britische Parlament abgesegnet werden, bevor er dann vom Rat der EU ratifiziert werden kann. Die größte Hürde stellt die bisher fehlende Mehrheit im britischen Parlament dar.

Rücktritt mehrerer Minister aus Protest gegen den Deal

Der britische [Nordirlandminister](#) Shailesh Vara war der erste aus Mays Kabinett, der am 15. November nach der Zustimmung des Kabinetts zum Austrittsabkommen aus Protest zurückgetreten war. In einem öffentlichen Brief an die Premierministerin nannte er als Rücktrittsgründe, dass der Deal nicht das liefert, was den Wählern versprochen wurde. So unterstütze er die Vermeidung einer harten Grenze zwischen Irland und Nordirland, kritisiert jedoch die geplante Backstop-Variante. Nachdem der britische Brexit-Minister Dominic Raab seinen [Rücktritt](#) ankündigte, folgte ihm ebenfalls die Ministerin für Arbeits- und Altersvorsorge Esther McVey sowie die Staatssekretärin des Brexit-Ministeriums Suella Braverman.

Mays neuer Brexit-Minister

Stephen Barclay wurde am 16. November als neuer [Brexit-Minister](#) ernannt und ersetzt den zurückgetretenen Dominic Raab. Barclay ist EU-skeptisch und sprach sich beim Referendum im Juni 2016 für den Brexit aus. Der Job des Brexit-Ministers wurde ursprünglich dem Umweltminister und May-Anhänger Michael Gove angeboten, der jedoch verneinte, da er den ausgehandelten Deal nicht unterstützt.

Brexiters bei den Tories fordern Mays Rücktritt

Einige [Brexiters](#) fordern weiterhin, dass die Premierministerin selbst zurücktreten sollte. Jacob Rees-Mogg reichte nach der Veröffentlichung des Entwurfes des Austrittsabkommens am 15. November einen Brief beim Parlament ein, in dem er sein fehlendes Vertrauen in die Premierministerin ausdrückte. 48 dieser Briefe wären notwendig, um ein Vertrauensvotum über Theresa May abzuhalten. Bis heute scheint es nicht genügend Forderungen zu geben, so dass es vorerst kein Misstrauensvotum gegen May gibt.

London und Washington vereinbaren Regeln zum Luftverkehr nach Brexit

Großbritannien und die USA haben sich auf ein neues [Abkommen](#) über den Luftverkehr zwischen beiden Ländern für die Zeit nach dem Brexit geeinigt. Das teilte das britische Verkehrsministerium mit. Das neue Abkommen garantiere, dass britische Flugzeuge weiterhin denselben Zugang zum amerikanischen Markt haben werden, hieß es in der Mitteilung des Verkehrsministeriums in London. Auch mit Kanada liefen derzeit Gespräche über ein solches Abkommen. Mit acht weiteren Ländern seien bereits bilaterale Vereinbarungen getroffen worden.

Französischer Wirtschaftsminister bezeichnet Brexiteers als Lügner

Der französische Wirtschaftsminister [Bruno LeMaire](#) sagte, dass der Brexit das Vereinigte Königreich in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale führen wird und dies auch bereits jetzt beobachtbar sei. Dafür verantwortlich macht er die Pro-Brexit-Politiker, die das britische Volk anlügen, indem sie die wirtschaftlichen Konsequenzen nicht kommunizieren. Der europäische Binnenmarkt zeige gerade zu schweren Zeiten für den internationalen Handel Stärke. Ein Austritt könne fatale Folgen haben.

Brüssel will kein „do-over“

Auch wenn das britische Parlament die Premierministerin dazu anhalten sollte, müssen die EU-27 zu dem Deal stehen und dürfen keine [Neuaufgabe](#) des Abkommens zulassen, betonte EU-Chefunterhändler Michel Barnier. Es gebe lediglich wenige Punkte, in denen noch etwas Verhandlungsspielraum möglich ist, sollte das Theresa May helfen, den Deal durch ihr Parlament zu bekommen.

Dominic Raab präferiert No-Deal

Der zurückgetretene Brexit-Minister des Vereinigten Königreichs [Dominic Raab](#) kritisiert scharf die Verhandlungsstrategie der Premierministerin, die er vor seinem Rücktritt noch mit verhandelte. Raab machte klar, sollte der Deal so bleiben wie er jetzt ist, ist das Vereinigte Königreich besser ohne einen Deal dran.

Labour-Partei unterstützt Deal nicht

Sowohl in den eigenen Reihen als auch aus der [Opposition](#) gibt es Kritik am Entwurf des Brexit-Deals. Die Labour-Partei fordert, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um einen besseren Deal auszuhandeln. Klare Aussagen Angela Merkels und Michel Barniers sowie des irischen Premierministers machten jedoch deutlich, dass die EU keine neuen Verhandlungen eröffnet.

Einigkeit von UK gefährdeter als die von Spanien

In einem Interview mit dem spanischen Außenminister [Josep Borrell](#), betonte dieser seine Sorge über die Einigkeit des Vereinigten Königreichs post-Brexit. Sowohl in Schottland als auch in Nordirland werden Stimmen der Unabhängigkeit laut, sollte das Vereinigte Königreich tatsächlich aus der EU austreten. Er sieht die Unabhängigkeitsbewegungen als sehr viel akuter an, als die in Katalonien.

Überparteiliche Allianz der Deal-Gegner

[Geeint](#) in ihrer Ablehnung des von der Premierministerin vorgelegten Brexit-Deals, gibt es Gespräche zwischen der Scottish National Party und der Labour Party, eine Allianz gegen den Deal zu formieren. Die Spitzen der beiden Parteien Nicola Sturgeon und Jeremy Corbyn trafen sich bereits, um mögliche nächste Schritte zu besprechen.

UK Parlament könnte für No-Deal verantwortlich sein

Die neue Ministerin für Arbeit und Altersvorsorge und ehemalige Innenministerin [Amber Rudd](#) spricht sich offen gegen ein No-Deal-Szenario aus. Ihrer Meinung nach gibt es im Parlament keine Mehrheit für diese Option. Sollte also das Parlament gegen Mays vorgelegten Deal stimmen, wäre eine mögliche Alternative aus ihrer Sicht der „Brexit-Exit“.

Hintergrundmaterial

Blitzumfrage Brexit der IHK Bonn/Rhein-Sieg

Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg hat im November 2018 eine [Blitzumfrage](#) durchgeführt. Laut der Umfrage sind 20 Prozent deutscher Unternehmen langfristig an Großbritannien gebunden, während bis zu 80 Prozent ihre Geschäftsbeziehungen kurzfristig neu ausgestalten könnten. Pro Monat haben zwei Drittel der Unternehmen zwei oder weniger Sendungen nach Großbritannien, ein Drittel hat drei oder mehr und fünf Prozent liefern täglich.

UK-Regierung warnt: Brexit schadet der Wirtschaft

Die britische Wirtschaft wird durch den Brexit in jedem Fall an Wachstum verlieren. Das geht aus einer [Studie](#) der britischen Regierung hervor, die Ende November erschienen ist. Das britische Bruttoinlandsprodukt wird demnach unter den Bedingungen des ausgehandelten Abkommens im Jahr 2035 um bis zu 3,9 Prozent kleiner sein, als dies ohne den Austritt Großbritanniens aus der EU der Fall wäre. Weitaus schlimmer wären die Auswirkungen jedoch, sollte das Land ohne Deal ausscheiden. Dann würde das Bruttoinlandsprodukt um bis zu 9,3 Prozent kleiner ausfallen.

Britische Notenbank warnt vor Wirtschaftskrise

Auch die Britische Notenbank veröffentlichte Ende November eine [Analyse](#) über die möglichen negativen Folgen eines harten EU-Ausstiegs. So könnte ein ungeordneter EU-Austritt in Großbritannien nach Angaben der Bank of England die heftigste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg auslösen. Die Arbeitslosigkeit würde merklich zunehmen. Die Preise für Häuser könnten um knapp ein Drittel fallen. Das britische Pfund würde um 25 Prozent zum US-Dollar nachgeben und der Leitzins der Notenbank könnte auf 5,5 Prozent steigen.

Deutsche Unternehmen haben Brexit im Blick

In einer [Umfrage](#) des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) geht die Mehrheit der befragten deutschen Unternehmen aus Industrie bei einem harten Brexit mit deutlich verschlechterten Handelsbedingungen aus. Drei Viertel der in das UK exportierenden Unternehmen rechnen bei einem harten Brexit mit negativen Auswirkungen auf ihre Ausfuhren. Gut 30 Prozent aller befragten Unternehmen rechnen mit leicht negativen Konsequenzen für Produktion und Beschäftigung, aber über 60 Prozent erwarten keine Auswirkungen.

Kein EU-Referendum zum Brexit

Die EU-Kommission hat eine [Europäische Bürgerinitiative](#) für ein Referendum zum Brexit als unzulässig zurückgewiesen. Ziel war, allen EU-Bürgern eine Meinungsäußerung über einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu ermöglichen. Die Kommission lehnte es jedoch ab, die Initiative zu registrieren, weil die Angelegenheit nicht in die Zuständigkeit der EU falle. Nach Artikel 50 der EU-Verträge sei es jedem Mitgliedsstaat erlaubt auszutreten. Die Kommission bedaure die Entscheidung Großbritanniens, erkenne sie jedoch an.

Dies und Das

Der Brexit kann krank machen

Laut einer [Studie](#) vom 21. November stieg die Zahl der verschriebenen Antidepressiva nach der Brexit-Abstimmung deutlich an. Dabei untersuchten Wissenschaftler die verschriebenen Tagesdosen von Antidepressiva in Großbritannien zwischen 2011 und 2016. Die Wissenschaftler verglichen die Zahl der verschriebenen Antidepressiva mit anderen Medikamenten wie Gichtmitteln oder Eisenpräparaten. Und während die von 2011 bis zum Brexit-Votum gemeinsam mit den Antidepressiva Verschreibungen zugenommen hatten, sank ihre Zahl nach dem Brexit-Votum wieder – im Gegensatz zur Zahl der Antidepressiva.

Mangel an britischen Experten für Freihandelsabkommen

Bis zum Austritt Großbritanniens aus der EU sollen für Verhandlungen der Freihandelsabkommen 240 ausgebildete [Experten](#) zur Verfügung stehen. In einem Bericht des britischen Außenministeriums wird jedoch deutlich, dass ein erheblicher Mangel an fachmännischem Personal besteht. Insgesamt sind nur 90 Personen für Verhandlungen auf Expertenebene ausgebildet. An einer Schulung zum Thema Verhandlungskompetenzen haben nur 30 Regierungsbeamte teilgenommen. Als Grund werden vor allem die niedrige Bezahlung genannt.

ARD-Beitrag sorgt für Wut in England

In einer deutschen [Sendung](#) haben sich die Moderatoren ausführlich über den Brexit lustig gemacht. Im Falle des Brexits könne Bond keinen Bösewicht mehr jagen, da er zu lange in der Passkontrolle stehen würde. Oder der Brexit sei ein einfaches Spiel, bei dem am Ende immer England verliere. Darüber war die britische Boulevardzeitung Daily Mail nicht erfreut und hat prompt einen ernsten [Artikel](#) dazu verfasst. Bei der Deutschen Fernsehsendung handelte es sich jedoch um ein Satireformat.

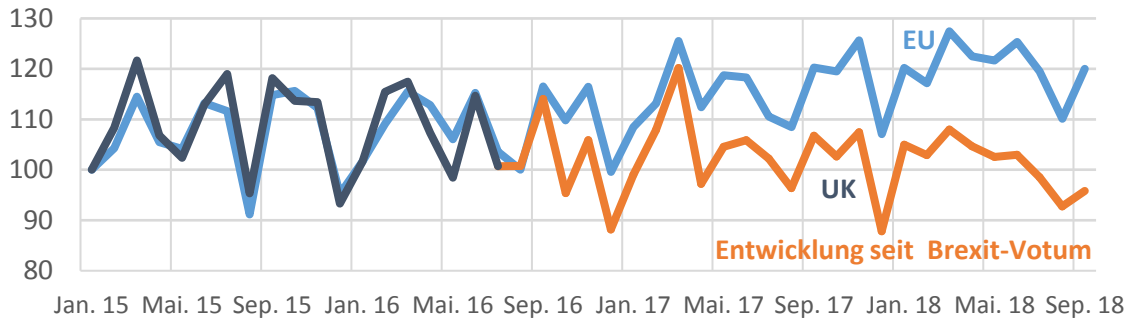
Der Brexit und die Premier League

Die Folgen durch den Austritt Großbritanniens aus der EU für die [Premier League](#) sind schwer abzusehen. Viele Verantwortliche im Fußball befürchten, dass es nach dem Brexit schwieriger wird, Spieler aus dem Ausland zu verpflichten – vor allem, wenn sich Großbritannien und die EU nicht auf ein Abkommen einigen. Es müsse nach dem Brexit Ausnahmen geben, damit Spitzenfußballer auch in Zukunft nach England wechseln.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

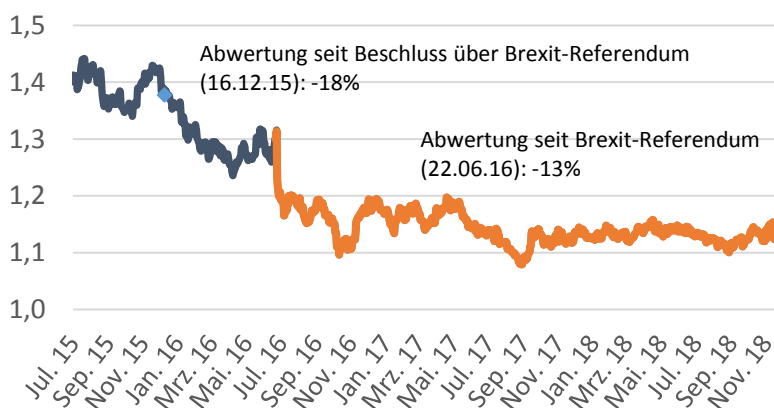
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Die Exporte nach Großbritannien entwickeln sich weiter deutlich unterdurchschnittlich. Die Ausfuhren fielen in den ersten drei Quartalen um 3% schwächer aus als im Vorjahreszeitraum. Für die EU ergibt sich hingegen ein Plus von 5%. Bereits in den letzten beiden Jahren waren die Exporte nach Großbritannien deutlich gesunken (2017: -1,7%, 2016: -3,5%). Dementsprechend ist Großbritannien auf der Liste der wichtigsten Absatzmärkte im letzten Jahr von Platz drei auf Platz fünf abgerutscht.

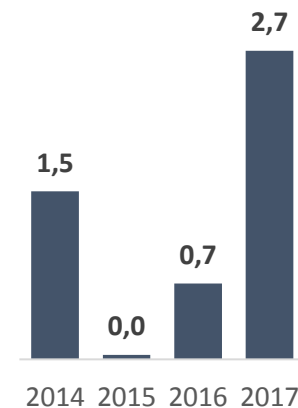
Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 28.11.18)



Inflation

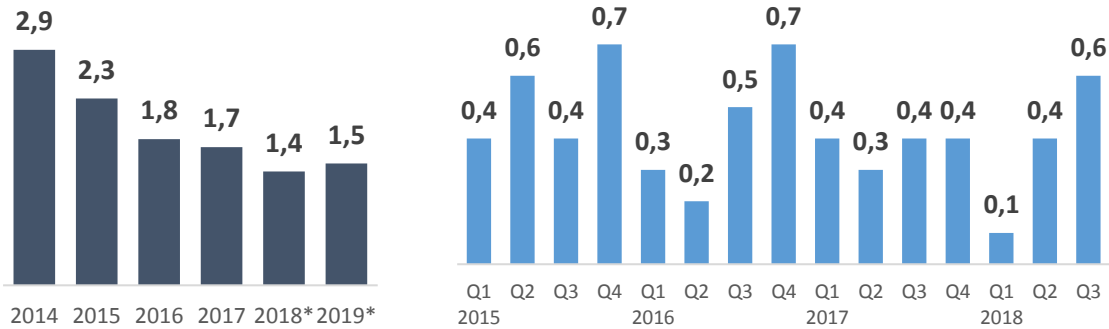
(Quelle: IMF)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

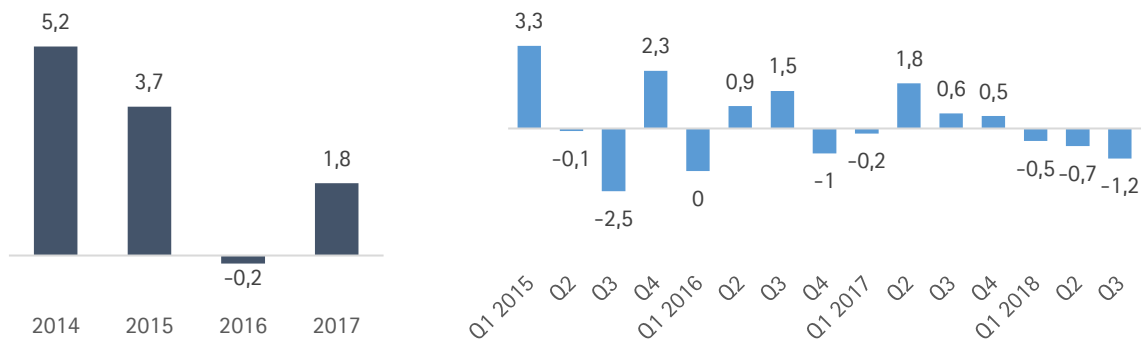
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); *IMF-Prognose)



DIHK-Kommentar: Nach einem schwachen Jahresstart hat das Wachstum im zweiten und dritten Quartal angezogen. Der warme Sommer hat Bau und Konsum gestärkt. Für das nächste Jahr rechnet der IMF jedoch nur mit einem BIP-Zuwachs von 1,5%. Damit fällt das Wachstum weiter unterdurchschnittlich aus (IMF-Prognose für die EU 2019: 2,0).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die Unternehmensinvestitionen schrumpfen. Die bisher veröffentlichten Daten wurden deutlich nach unten revidiert. Schon 2017 sind die gewerblichen Investitionen weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die Unsicherheit über das unternehmerische Umfeld nach dem Brexit, dürfte Unternehmen weiterhin vorsichtig agieren lassen.



Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>